

An die  
baden-württembergischen Abgeordneten  
der CDU im Europäischen Parlament

**JUNGE UNION BADEN-WÜRTTEMBERG  
DER LANDESVORSITZENDE  
DIE BEZIRKSVORSITZENDEN**

Heilbronner Straße 43  
70191 Stuttgart

Telefon 0711 66904-53

Telefax 0711 66904-45

E-Mail [junge.union@cdu-bw.de](mailto:junge.union@cdu-bw.de)

Internet [www.ju-bw.de](http://www.ju-bw.de)

Stuttgart, 25. März 2019

### Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
liebe Parteifreunde,

die Notwendigkeit einer Reform des Urheberrechts im Zeitalter der Digitalisierung ist unbestritten. Künstler, Autoren und Kreative sollen an der Wertschöpfung ihrer Werke, gerade auch im Internet, partizipieren und einfacher gegen nicht rechtmäßige Verwertungen ihrer Werke vorgehen können. Dass hierbei den einschlägigen Plattformen, die bislang allein oder überwiegend von diesen Werken profitieren, eine besondere Verantwortung zukommt, ist für uns selbstverständlich.

Der zur Abstimmung kommende Entwurf der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt wird aus unserer Sicht diesen Bedürfnissen nicht gerecht:

- Mit Art. 15 des Entwurfs (früher Art. 11) soll ein Leistungsschutzrecht eingeführt werden, ohne jedoch den für die Anwendbarkeit der Rechte erforderlichen Nutzungsumfang festzulegen. Damit können – je nach Auslegung – bereits geteilte Links mit entsprechenden Vorschauen vergütungspflichtig werden.

Beispiel: Ein JU Ortsverband könnte nicht mehr kostenfrei den Link zum Zeitungsartikel über eine Veranstaltung posten, da die jeweilige Plattform hierfür an den Verlag zahlen muss.

Die Ausnahmen in Art. 15, beispielsweise dass Privatpersonen hiervon nicht betroffen sein sollen, sind aus unserer Sicht nicht ausreichend und oftmals auch nicht konkret genug.

- Die in Art. 17 Abs. 4 lit. (b) des Entwurfs (früher: Art. 13) vorgesehene „best efforts“ der Plattformen, welche – im Falle von nicht vorhandenen Lizenzierungen/Berechtigungen – die Unerreichbarkeit von Werken gewährleisten sollen, werden dazu führen, dass technische Maßnahmen wie sog. Uploadfilter zum Einsatz kommen werden. Diese Filter sind jedoch nicht in der Lage, das Zitierrecht oder die Parodiefreiheit angemessen zu wahren. Die Gefahr von sog. Overblocking ist damit real.

Beispiel: Ein JU Ortsverband besucht eine belebte Jugendbude, um für die Europawahl zu werben. Dort werden Video-Testimonials aufgenommen, auf YouTube hochgeladen und auf der Facebook Seite verlinkt. Da im Hintergrund Musik läuft, wird das Video vom Uploadfilter als „bedenklich“ eingestuft und nicht hochgeladen.

Uploadfilter sind aus unserer Sicht keinesfalls akzeptabel!

So sehr wir den von Generalsekretär Paul Ziemiak und den Fachpolitikern in Berlin ausgehandelten Kompromiss auch begrüßen, so kann dieser nicht sicherstellen, dass Uploadfilter damit grundsätzlich ausgeschlossen sind – der Europäische Gerichtshof hat schon so manche überraschende Entscheidung getroffen.

Kurz gesagt: Wir unterstützen eine Reform des Urheberrechts, nicht jedoch den aktuellen Entwurf.

Die Junge Union war schon immer geprägt von Gemeinschaft und Miteinander – und ja, manchmal auch von Gegeneinander. Wir haben in den letzten Jahren wie unsere Mutterpartei mit einer sich verändernden Mitgliederstruktur zu kämpfen und bemerken die vielbesungene „Politikverdrossenheit“ an vorderster Front. Wir merken den Widerstand gegen diese Reform in unserem unmittelbaren Umfeld: In der Schule, im Freundeskreis und in der Familie. Der erste Berührungspunkt mit Politik einer ganzen Generation steht unter einem Motto: #NieMehrCDU

Wir möchten deshalb an Euch/Sie appellieren, nicht für diesen Entwurf der Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt zu stimmen und auf eine Überarbeitung der Richtlinie unter Berücksichtigung der vorangestellten Bedenken hinzuwirken.

Beste Grüße

Ihre/Eure  
Junge Union Baden-Württemberg



Philipp Bürkle  
Landesvorsitzender



Dominik Martin  
Bezirksvorsitzender  
Nordwürttemberg



Moritz Oppelt  
Bezirksvorsitzender  
Nordbaden



Fabian Kemmer  
Bezirksvorsitzender  
Württemberg-Hohenzollern



Yannick Bury  
Bezirksvorsitzender  
Südbaden